

Krieg nicht zu rechtfertigen

Erklärung des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der heute begonnene Angriff der USA und anderer Länder gegen den Irak ist durch nichts zu rechtfertigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen diesen Krieg. Deutsche Soldaten werden sich daran nicht beteiligen. Wir rufen dazu auf, mit allen friedlichen Mitteln gegen diesen Krieg zu protestieren und für seine umgehende Beendigung zu demonstrieren. Wir unterstützen die Bundesregierung darin, mit ihren Mitteln im Rahmen der Vereinten Nationen alles zu tun, um humanitäre Hilfe zu leisten.

Der Angriff der USA geschieht gegen den erklärten Willen der Weltgemeinschaft. Viele Millionen Menschen weltweit haben das aktiv zum Ausdruck gebracht. Die allermeisten Regierungen haben es in den Beratungen der UNO erklärt. Elf von fünfzehn Mitgliedern des Sicherheitsrates der UNO widersprechen bis heute den USA. Offenkundig ist: Die USA haben sich zusammen mit wenigen Verbündeten zum militärischen Alleingang entschlossen, weil es ihnen trotz außerordentlich großen Drucks, den sie anwandten, nicht gelang, eine Mehrheit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen.

Die deutsche Bundesregierung und vor allem Bundeskanzler Schröder und Joschka Fischer haben im weltweiten Widerstand gegen den Kriegskurs der USA eine zentrale Rolle gespielt. Zweifellos gehen von der irakischen Diktatur Gefahren aus. Aber diese rechtfertigen nicht den Einsatz des Krieges.

Denn die von Deutschland mit betriebene Entwaffnung des Irak auf der Basis der UNO-Resolution 1441 ohne Anwendung militärischer Gewalt war die realistische Alternative zum Krieg. Die UNO-Waffeninspektoren haben wirkliche Fortschritte zur irakischen Abrüstung erreicht. Sie hätten mit einigen Monaten mehr Zeit ihre Arbeit vollenden und die Basis für ein dauerhaftes Waffenkontrollregime im Irak schaffen können. Die insgesamt positive Erfahrung mit der Arbeit der Waffeninspektoren zeigt: Die friedlichen Mittel waren nicht erschöpft. Es gab keinen Grund, diesen Abrüstungsprozess jetzt abzubrechen. Mit dem Ziel der Abrüstung des Irak kann dieser Krieg auf keinen Fall gerechtfertigt werden. Dieser Krieg wird tausenden von unschuldigen Kindern, Frauen und Männern den sicheren Tod bringen.

Die UNO-Charta liefert auch keine Grundlage für den von den USA angestrebten Machtwechsel im Irak. Wir teilen daher die Kritik derer, die in dem Vorgehen der US-amerikanischen Regierung von George W. Bush gegen den irakischen Diktator eine Selbstermächtigung sehen. Die große Mehrheit der Völkerrechtler in unserem Land, die sich öffentlich geäußert haben, hält den Krieg der USA, der von der britischen Regierung unterstützt wird, für einen Verstoß gegen das geltende Völkerrecht.

Wir wissen, dass Völkerrechtler in Großbritannien und den USA der bei uns weit überwiegenderen Auffassung widersprechen. Entscheidend sind für uns zwei politische Aspekte: Das ist zum einen die bittere politische Tatsache, dass das Vorgehen der USA für das Ziel, international der Herrschaft des Rechts statt der Gewalt des Stärkeren den Vorrang zu geben, einen brutalen Rückschlag bedeutet. Unter der Parole, mehr Sicherheit und mehr Demokratie in der Welt zu verbreiten, begeben sich die USA auf einen Weg, der Unsicherheit verschärft und mit Unilateralismus die Weltgemeinschaft vor vollendete Tatsachen stellt. Zum anderen geht es aber darum, heute die Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich international eine solche Politik nicht durchsetzen wird. Deshalb wollen wir multilaterale Bindungen nicht schwächen, sondern neue entwickeln.

Wir kritisieren CDU/CSU und FDP, die den Weg der USA stützen und sich in die Koalition der zum Krieg Willigen einreihen.

Wir rufen alle, die in den letzten Wochen und Monaten den Widerstand gegen den Irak-Krieg unterstützt haben, auf, eine klare Konsequenz aus diesem Konflikt zu ziehen: Wir müssen dem Projekt einer hegemonial geprägten Weltordnung verstärkt unsere Perspektive einer auf multilaterale Kooperation gründenden Weltordnung entgegen setzen. Wir überlassen die Hoffnung auf eine friedliche, demokratische Welt nicht den Vertretern einer unilateralen Hegemonialpolitik. Gefahren der Verbreitung

von Massenvernichtungswaffen können nicht durch Abrüstungskriege beseitigt und internationaler Terrorismus kann auch nicht bloß militärisch bezwungen werden. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, daß es keine Alternative zur zentralen Rolle der Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gibt. Wir widersprechen der Legende, in diesem Irak-Konflikt hätte die UNO versagt. Der Sicherheitsrat hatte die Instrumente bereit gestellt, um den Irak friedlich abzurüsten. Für das, was außerhalb der UNO entschieden wurde, ist sie nicht verantwortlich.

Für uns als Europäer kommt es zudem darauf an, eine gemeinsame, wesentlich mehr als heute integrierte Friedens- und Sicherheitspolitik voranzutreiben. Natürlich dürfen die transatlantischen Bindungen nicht durch transatlantische Konfrontation abgelöst werden. Wir wollen die traditionelle deutsch-amerikanische Freundschaft weiterentwickeln. Aber wir brauchen mehr Europa, ein selbstbewußteres, einiges Europa. Gerade bei den Beratungen über die neue europäische Verfassung müssen daraus Lehren gezogen werden.

Irak-Spezial (http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,2711,00.htm)



E-Card verschicken (<http://www.m2network.de/ecard/gruene/>)